

## INTERNATIONAL

- 6 DER KAMPF UM DEN  
BODEN IM VORMARSCH

## BADEN-WÜRTTEMBERG

- 9 FREIBURGER STADTRAT  
VERTRITT FASCHISTEN

## BRD

- 10 WAHLZIRKUS 2021:  
EINE BESTANDSAUFNAHME

## FRAUEN

- 12 ZUERST MUTTER,  
DANN REVOLUTIONÄRIN?

## BERLIN

- 14 MIETENDECKEL, 1. MAI  
UND DIE WUT DER MASSEN

## HAMBURG

- 16 GRUNDRECHTERAUB, DOP-  
PELMORAL, STEUER BETRUG

## BREMEN

- 18 STIMMEN GEGEN DIE  
AUSGANGSSPERRE

## NORDRHEIN-WESTFALEN

- 20 ANGRIFF AUF DAS  
VERSAMMLUNGSRECHT

## KULTUR

- 22 ALLES GEDECKT DURCH  
DIE KUNSTFREIHEIT?



## INHALT

**4 BILD DES MONATS**

**6 INTERNATIONAL**

**9 BADEN-WÜRTTEMBERG**

**10 BRD**

**12 FRAUEN**

**14 BERLIN**

**16 HAMBURG**

**18 BREMEN**

**20 NORDRHEIN-WESTFALEN**

**22 KULTUR**

**1. MAI IN AUSTIN**

**DER KAMPF UM DEN BODEN IM  
VORMARSCH**

**FREIBURGER STADTRAT VERTRITT  
MITGLIEDER VON FASCHISTISCHER  
TERRORZELLE**

**WAHLZIRKUS 2021:  
EINE BESTANDSAUFNAHME**

**ZUERST MUTTER, DANN REVOLUTIONÄRIN?**

**BERLINER MIETENDECKEL, ERSTER MAI  
UND DIE WUT DER MASSEN – EIN  
ERFAHRUNGSBERICHT**

**RAUB DER GRUNDRECHTE, DOPPELMORAL  
UND STEUERBETRUG – EIN HOCH AUF DIE  
HAMBURGER SPD**

**STIMMEN GEGEN DIE AUSGANGSSPERRE**

**ANGRIFF AUF DAS VERSAMMLUNGSRECHT**

**ALLES VON DER „FREIHEITLICH-  
DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG“  
GEDECKT**

## KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder  
Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## V. I. S. D. P.

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Welt steht wieder in Flammen und die Wut der Unterdrückten und Ausgebeuteten entfesselt sich mehr und mehr. Besonders die Situation in Palästina ist wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Das palästinensische Volk kämpft weiter gegen den Völkermord, der an ihnen durchgeführt wird. Seit Beginn des Ramadan hat sich die Situation in Palästina verschärft. Besonders nach der Provokation der reaktionären Regierung Netanyahus, als betende Muslime auf dem Tempelberg angegriffen wurden, kocht die Wut des palästinensischen Volkes über.

Die verstärkten Angriffe auf das palästinensische Volk haben nun, wie zu erwarten, zu einer Antwort der noch aktiv agierenden Kräfte des palästinensischen Widerstandes geführt. Israel schlug daraufhin zurück und treibt den Völkermord am palästinensischen Volk – vor allem in Gaza – noch stärker voran und zeigt, wie jeder zur Verfügung stehende Vorwand dafür lieb ist. Die Lüge von gezielten Angriffen auf rein militärische Ziele in Gaza offenbart sich immer wieder, wie bei der gezielten totalen Zerstörung eines Gebäudes, welches mehrere internationale Presseorgane beherbergte, unter anderem den Sender Al Jazeera. Neben den Ermordungen von zahlreichen Zivilisten wird so auch die noch vorhandene Infrastruktur versucht, zu zerstören.

Der Widerstand des palästinensischen Volkes fand seinen Widerhall in der ganzen Welt, auch in den imperialistischen Ländern. Es gab zahlreiche Aktionen, wie Demonstrationen in Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Dieser Widerhall breitet sich besonders unter den Menschen aus vielen unterdrückten Ländern, vor allem aus Westasien und Zentralasien, aus, und bestärkt ihre antiimperialistischen Gefühle. Der Kampf des palästinensischen Volkes ist zu einem Symbol des Widerstandes der arabischen Völker gegen die andauernde imperialistische Unterdrückung geworden.

Die Demonstrationen am Nakba-Tag am 15. Mai, haben gezeigt, dass dies den Imperialisten ein Dorn im Auge ist. Die meisten Versammlungen in der BRD, unter anderem in Berlin und Frankfurt, wurden durch die Polizei – natürlich mit der Berufung auf die Gummiparagrafen des Infektionsschutzgesetzes – aufgelöst. Dazu wird wie immer die große Keule des angeblichen Antisemitismus geschwungen, wenige Fälle von Übertreibungen in einer aufgeheizten Situation werden instrumentalisiert, um die ganze Bewegung zu delegitimieren und kriminalisieren. Und das, während hunderte von bewaffneten Faschisten in der BRD noch immer als Einzelfälle bezeichnet werden. Doch je heftiger die Herrschenden mit Schaum vor dem Mund gegen den palästinensischen Widerstand wettern, desto mehr bestätigt sich die Richtigkeit der Unterstützung dieses Kampfes.

Auch in Kolumbien kämpfen seit Ende April die Massen auf den Straßen. Was mit einem Streik gegen eine neue massenfeindliche Steuerreform begann, welche für noch mehr Menschen noch mehr Armut bedeutet hätte, entlud sich die Wut Ende April schlagartig. Auch wenn die Regierung mittlerweile eingelenkt hat und die Reform zurücknahm, hat der Funke bereits den Flächenbrand ausgelöst. Trotz des Einsatzes von Polizei und Militär, die dutzende Demonstranten ermordeten, kämpfen die Massen weiter.

In der BRD schauen wir auch auf einen erfolgreichen 1. Mai zurück. Landesweit gab es zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen, und auch die proletarischen Revolutionäre führten zahlreiche Aktionen durch, mit denen der Kampf gegen den Ausnahmezustand und für die Verteidigung der demokratischen Rechte, der letztes Jahr von ihnen begonnen wurde, fortgesetzt wurde. Auch die Demonstration in Berlin mit 20.000 Teilnehmern und die Auseinandersetzungen mit der Polizei beweisen noch einmal, dass die Massen den Ausnahmezustand nicht wollen.

In diesem Sturm neuer Kämpfe der des internationalen Proletariats und den Völkern der Welt gilt es noch einmal entschlossener diese Kämpfe zu unterstützen, die alle auf den endgültigen Untergang des imperialistischen Systems hinwirken.



## BILD DES MONATS



Eine der vielen kraftvollen Aktionen, die international zum 1. Mai durchgeführt wurden, war eine Demonstration in Austin, Texas, in der es wie schon letztes Jahr Kämpfe mit der Polizei gab. In den USA, im Hinterland des Yankee-Imperialismus, zeigen die Genossen seit einigen Jahren, dass auch die größte imperialistische Macht der Welt ein Koloss auf tönernen Füßen ist und durch die Organisation der Arbeiterklasse unter korrekter ideologischer Führung gestürzt werden wird.

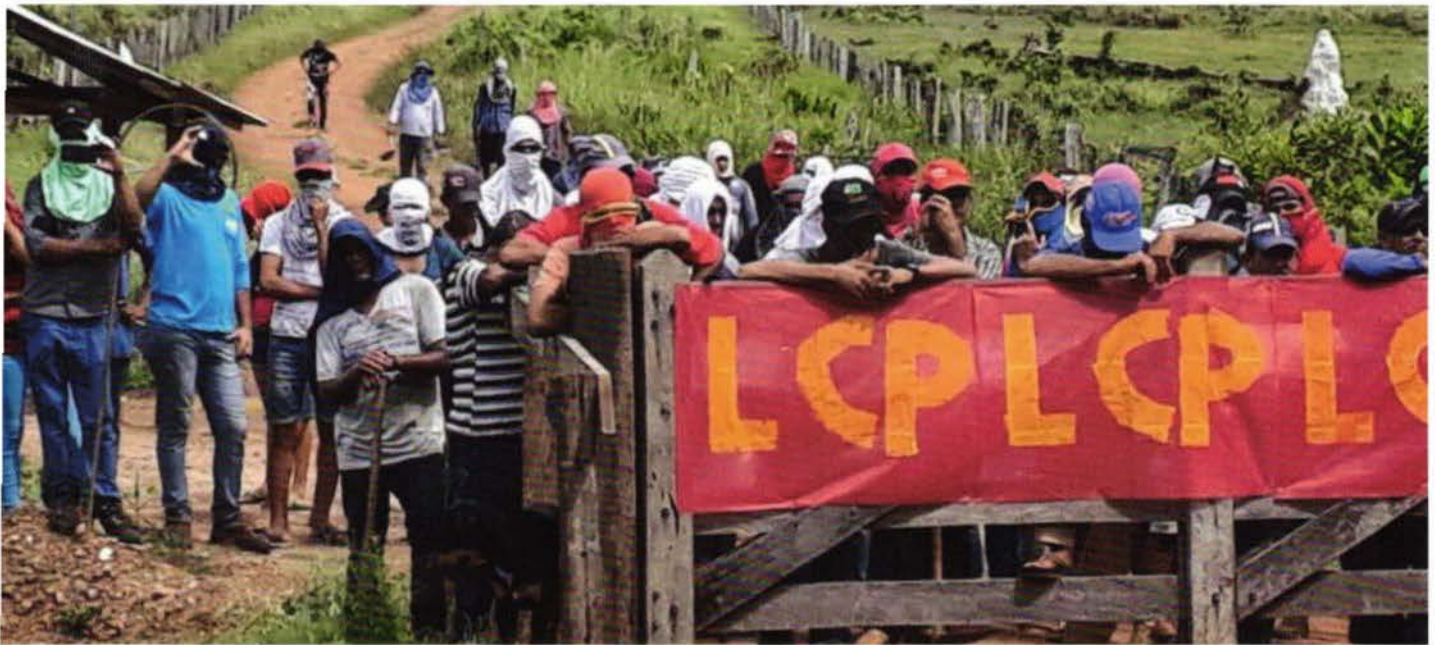
*Quelle: Tribune of the People*







## DER KAMPF UM DEN BODEN IM VORMARSCH



Seit über 200 Jahren wird die Welt durch die große Industrie in riesigen und schnellen Schritten umgestaltet. Alle Ordnungen, die es davor gegeben hat, haben gerade einen Bruchteil dieser Entwicklung vollbracht. Doch in diesem System ist der Großteil der Menschen nicht nur arm, sondern lebt gar unter Verhältnissen, die eigentlich längst vergangenen Zeiten entsprechen. Im Imperialismus – dem Kapitalismus in seinem höchstem Stadium – hat ein kleiner Haufen reicher Länder die Kontrolle über den Rest der Welt, die sie als (Halb)Kolonien ausbeuten können. Dazu müssen diese abhängig von den reichen, imperialistischen Ländern sein, und um sie in Abhängigkeit zu halten, bedienen die Imperialisten sich dem Mittel, etwas längst Überholtes, Verfallenes zu erhalten: Den Feudalismus, mit dem System der Leibeigenschaft. Die Klasse, die hauptsächlich darunter zu leiden hat, sind die armen Bauern der dritten Welt. Ihre Existenz bedeutet Kampf auf Leben und Tod gegen dieses System, das sie dazu verdammt, zu leben wie vor 1000 Jahren. Das stellen sie jeden Tag unter Beweis.

Der Kampf der armen Bauern ist ein gewaltsamer Kampf, der sich im Laufe der Zeit zu einem Krieg gegen die Großgrundbesitzer entwickelt, einem Bauernkrieg. In Brasilien ist derzeit zu sehen, wie sich das entwickelt. Dort haben sich Bauern in großen Massen gegen den Raub an ihnen organisiert, und werden deshalb jetzt vom brasilianischen Staat mit

einem Massaker bedroht. Brasilien ist ein aktuell bekanntes Beispiel, wie der Halbfeudalismus, die Ausbeutung der Bauern in der dritten Welt, funktioniert. Die bürgerlichen Medien berichten von dort öfters über die skrupellosen Brandrodungen, die Großgrundbesitzer im Regenwald begehen. Wie sie entscheiden können, was sie für ihre Landwirtschaft abbrennen wollen, können sie auch über das Schicksal der armen Bauern entscheiden, die auf den großen Ländereien eine winzige Fläche mit ihrem Vieh bewirtschaften und damit oft nicht genug zum Leben haben. Der einzelne Bauer ist damit dem Großgrundbesitzer persönlich unterworfen, ohne offiziell für ihn zu arbeiten. Im Westen Brasiliens ist die Organisation der armen Bauern gegen das Elend und den Hunger, die diese Leibeigenschaft verursacht, besonders stark. Im Bundesstaat Rondônia haben sich organisierte Bauern Land, das ihnen durch die Großgrundbesitzer und den Staat geraubt worden ist, zurückerobert und betreiben dort kollektive Landwirtschaft. In der Ortschaft Corumbiara liegen die Ländereien der ehemaligen Hacienda (große Farm) Santa Elina, auf der die armen und landlosen Bauern, organisiert von der Liga dos Camponeses Pobres (LCP, auf deutsch *Liga der armen Bauern*) das Camp Manoel Ribeiro für das Leben rund um den gemeinsamen Ackerbau errichtet haben. Die gemeinsame Landwirtschaft garantiert den Bauern dort, sich unabhängig vom Staat und den Grundbesitzern mit den notwendigen Lebensmitteln selbst zu versorgen. Das Leben im



Camp beinhaltet auch Möglichkeiten zur Schaffung von Kultur, Bildung und medizinischer Versorgung – so organisiert die LCP seit Beginn der Pandemie Gesundheitskomitees, da der alte brasilianische Staat das Volk dem Virus schutzlos aussetzt, was bald eine halbe Million Menschen das Leben gekostet haben wird. All die Arbeit, die in den von den Bauern kontrollierten Gebieten gemacht wird, ist dem Ziel der siegreichen Agrarrevolution untergeordnet, denn nur so kann das Problem der Bauern, die Bodenfrage, gelöst werden.

Den Großgrundbesitzern sind die von den Bauern kontrollierten Gebiete auf ihren Ländereien ein Dorn im Auge, und der Staat sieht die für ihn bedrohliche Perspektive des Kampfes der Bauern. Daher versuchen sie, diesen Kampf in Blut zu ertränken. 1995 gipfelte das im „Massaker von Corumbiara“, das die Militärpolizei und Söldner der Großgrundbesitzer an den Bauern auf dem Gebiet von Santa Elina begingen. Der Terror gegen die revolutionäre Bauernbewegung wird seitdem fortgeführt; es werden Morde, Folterungen, Entführungen etc. an organisierten Bauern begangen. Seit kurzem hat dieser Terror ein neues Hoch erreicht, in dem der alte brasilianische Staat die revolutionäre Bauernbewegung kriminalisiert – mittlerweile hat auch der erzreaktionäre Präsident Brasiliens, Jair Bolsonaro, ihren Kampf als „Brutstätte des Terrorismus“ denunziert –, sie als bewaffnete Organisation einstuft und mit diesem Vorwand eine Kriegsoperation gegen das Camp Manoel Ribeiro entfacht. Das Gebiet wurde militärisch abgeriegelt, von Hubschraubern und Drohnen umkreist, und die Militärpolizei marschierte in die Ländereien ein. Mit Schuss- oder chemischen Waffen wurden Bewohner eingeschüchtert, schikaniert und einzelne auch kaltblütig ermordet. Die Besetzung des Gebiets und die Einschüchterung der Bewohner treffen sie als Vorbereitungsmaßnahmen für ein neues

Massaker, das sie an den Bauern begehen wollen. Sie kennen letztendlich keinen anderen Weg als Blutvergießen, um ihre Herrschaft zu verteidigen. Die Bauern aber wehren sich gegen die Besetzung, gegen den Terror, gegen die Morde, und schreiten in heldenhaften Widerstand voran. Sie wissen, dass sie die Mehrheit sind, und dass sich im ganzen Land und der ganzen Welt ihrer Bewegung immer mehr Bauern anschließen. In Brasilien ist das Anwachsen der revolutionären Bauernbewegung übers ganze Land sehr deutlich; in vielen Regionen gibt es mittlerweile von armen Bauern besetzte Gebiete, die Stützpunkte im Kampf um den Boden sind, und von wo auch zahlreiche Solidaritätsaktionen für die armen Bauern in Manoel Ribeiro gemacht werden.

Ein großes Ausmaß haben die fortlaufenden Proteste und Kämpfe der Bauern in Indien zur Zeit. Im Spätsommer 2020 wurde eine Reform beschlossen, die den Großgrundbesitzern durch Privatisierung der Landwirtschaft mittels Direkthandel noch mehr Kontrolle über die Produktion der Kleinbauern ermöglicht. Daraufhin riefen Bauerngewerkschaften zu einer landesweiten Arbeitsniederlegung auf, in deren Folge Proteste von hunderttausenden (!) von Bauern das Land in weiten Teilen lahmlegten. Im Bundesstaat Punjab mit über 27 Millionen Einwohnern, in dem sich die ersten Proteste entwickelt hatten, musste im Herbst wegen der Proteste der Bahnverkehr für zwei Monate ausgesetzt werden. Ab Dezember übernahmen Bauernverbände die Kontrolle über die Autobahn-Mautstellen im Bundesstaat Haryana (gut 25 Mio. Einwohner) und erlaubten dort den Fahrzeugen freien Verkehr. Und seit Herbst marschieren Bauern aus unterschiedlichen Teilen des Landes im Zuge des Protests in die Hauptstadt Neu-Delhi, blockieren die Autobahn vor der Stadt und andere Teile des Straßennetzes. In Delhi, aber auch den anderen Orten des landesweiten Protests, kam es zu gewaltsamen Kämpfen mit den Sicherheitskräften des alten Staats. Auch in Indien zeigt sich also, welche unerschütterliche Macht der Kampf der Bauern hat.

*Der erzreaktionäre brasilianische Präsident diffamiert die revolutionäre Bauernbewegung vor laufender Kamera*



Eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Halbfeudalismus spielen auch die indigenen Völker, die, wie es den Grundbesitzern passt, ohne irgendeine Skrupel beraubt werden. Dabei ist im Durchschnitt angeblich jeder dritte Hektar auf der Welt, auf dem Land- und Forstwirtschaft oder Rohstoffabbau betrieben wird, offiziell Boden der indigenen Völker. Der Boden, der ihnen zugesprochen ist, ist das einzige Recht, was der Imperialismus ihnen gibt. So sollen sie sich frei von





Hunger. Die Leibeigenschaft der Bauern ist von Vorteil für die Großgrundbesitzer, aber für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder völlig hinderlich, und das ist genau, was die Imperialisten wollen, um die Länder der dritten Welt in Abhängigkeit zu halten und weiter auszubeuten. Diese unglaubliche und riesige Rückständigkeit ist somit die tiefste Verankerung dieses Systems, und sie muss als allererstes aufgehoben werden, um es zu zerstören. Das macht die Bauern im jetzigen Augenblick zur Hauptkraft der Weltrevolution, zu ihrem Triebmotor.

diesem System entwickeln können. Aber es ist nicht Interesse des Imperialismus, irgendwelche Flecken der Welt nicht zu verschlingen, und so wird der Boden, der den indigenen Völkern zugesprochen wird, ihnen nach und nach geraubt. Ohne den Boden sind sie gezwungen, ihre unabhängige Entwicklung aufzugeben und Teil der Ausgebeuteten in diesem System zu werden. Damit werden auch sie nach und nach in den Kampf um den Boden hineingezogen. Dieser Kampf um Land, der von den armen Bauern geführt wird, ist unglaublich explosiv und die tatsächliche Grundlage für die explosive Stimmung, die unter den Massen auf der Welt herrscht. Die Bauern können nicht mehr weiterleben, wie sie es unter diesen Umständen tun – täglich gehen Bauern zu tausend in den Ruin, täglich sterben Bauern an

Der Kampf der Bauern ist, auch wenn er viel zu wenig Aufmerksamkeit erfährt, allgegenwärtig. In Lateinamerika, Afrika und Asien – ob die streikenden Teeplantagenarbeiter aus Sri Lanka, die Bauern überall auf dem afrikanischen Kontinent, die Landbesetzungen durchführen, oder die Bauern, die in den Volkskriegen der Welt unter der roten Fahne mit dem Gewehr in der Hand bereits die neue Macht aufgebaut haben. Die Bodenfrage ist das dringendste Problem auf der Welt und wird gemäß der Losung „Jedem Pflüger sein Feld“ in der Agrarrevolution gelöst. Die Agrarrevolution selbst ist Teil der Revolution in den unterdrückten Ländern, und diese Revolution kann nur geführt werden durch die Arbeiterklasse. •

*Protest der indischen Bauern auf der Autobahn (oben: in Neu-Delhi)*





## FREIBURGER STADTRAT VERTRITT MITGLIEDER VON FASCHISTISCHER TERRORZELLE

**V**ergangenem Februar wurden 13 Männer aus unterschiedlichen Bundesländern verhaftet. Sie hatten sich unter anderem in Chatgruppen miteinander vernetzt, Waffen besorgt und Schießübungen durchgeführt. Sie planten Anschläge unter anderem auf Moscheen, Asylbewerberheime, das Parlament. Diese Gruppe wird Seitdem nach ihrem Gründer und Chef Werner Somogyi in der Presse als „Gruppe S“ oder „Gruppe Somogyi“ bezeichnet. Bei dieser Gruppe handelt es sich nicht um ein isoliertes Phänomen. Ihre Mitglieder standen in Kontakt zu unterschiedlichen anderen rechten Netzwerken, darunter auch die „Bruderschaft Deutschland“, die unter anderem Anschläge gegen Freiburger Antifaschisten geplant haben soll.

Elf der Mitglieder stehen jetzt vor Gericht und sollen sich für ihre Pläne verantworten. Dabei werden sie teilweise von Anwälten vertreten, die in der Vergangenheit selbst für ihre offene Unterstützung faschistischer Organisationen aufgefallen sind. Da wäre Günther Herzogenrath-Amelung, der bis 2013 dem „Deutschen Rechtsbüro“, einer Gruppe rechter Anwälte angehörte, und vor Gericht unter anderem NPD-Funktionäre und den Nazi-Kriegsverbrecher Erich Priebke vertrat. Priebke ist seines Zeichens verantwortlich für ein Massaker in Italien, bei dem die SS 335 Zivilisten ermordete. Herzogenrath-Amelung ließ es sich dann auch nicht nehmen, im Rahmen des Gerichtsprozesses seine faschistischen Positionen zu bekräftigen. Ein anderer der Anwälte ist der Freiburger Rechtsanwalt Dubravko Mandic. Mandic sitzt aktuell im Freiburger Stadtrat und war bis vor kurzem Mitglied der AfD. Nachdem er in der vergangenen Landtagswahl kein Mandat gewinnen konnte, trat er von seiner Parteimitgliedschaft zurück. Gegen Mandic lief ein Parteiausschlussverfahren wegen „parteischädigenden Handelns“, das Ende April wieder hätte aufgenommen werden sollen. Dem kam der selbst-bezeichnete „Volksanwalt“ jetzt zuvor und erklärte seinen Austritt aus der Partei, weil er dort keine Perspektive mehr sehe. Innerhalb der Partei gehörte Mandic zum rechten „Flügel“ und trat als offener Faschist auf. Zu Mandics großen Vorbildern zählt er den „Kronjuristen des Dritten Reichs“, Carl Schmitt, und Ernst Jünger, einen prominenten Wegbereiter und Unterstützer des Hitler-Faschismus. Wiederholt fiel Mandic durch Provokationen und Skandale auf, darunter auch immer wieder körperliche Angriffe auf Antifaschisten. Verurteilt wurde

Mandic mittlerweile für Nötigung einer Journalistin und für einen Angriff, den er mit seinem ehemaligen Parteikollegen Robert Hagermann durchführte: 2019 lauerten sie in der Nähe von AfD-Wahlplakaten zwei jungen Menschen auf, um sie anzugreifen, als diese die Plakate entfernten. Als ein vorbeifahrender Radfahrer einschnitt, attackierte ihn Mandic mit Reizgas und Hagermann schlug mit einer Zange auf seinen Kopf. Weitere Vorfälle beinhalten das Singen von Naziliedern und das Zeigen des Hitlergrußes im Rahmen einer Feier auf dem Haus der Burschenschaft Saxo-Silesia, diverse rassistische Beleidigungen und weitere tätliche Angriffe auf Linke sowohl im Rahmen von Demonstrationen als auch anderswo. Konsequentermaßen sucht Mandic den Anschluss an faschistische Organisationen und Events, wie die Identitäre Bewegung und das rechte Kampfsport-Turnier „Kampf der Nibelungen“, was auch innerhalb der AfD teilweise für Kontroversen sorgte. Mandics Ziel war nie in erster Linie die Durchsetzung seiner Positionen auf parteipolitischer Ebene, sondern die Schaffung eines starken rechten Netzwerks, für das Verbindungen zwischen den reaktionärsten Teilen der AfD mit unterschiedlichen rechten Institutionen aufgebaut wurden, darunter Burschenschaften, Identitäre Bewegung und diverse reaktionäre Persönlichkeiten. Dass Mandic sich jetzt dazu entschieden hat, bewaffnete Faschisten vor Gericht zu vertreten, macht eine Sache ganz deutlich: Sein Bruch mit der AfD ist kein Bruch mit seinen Standpunkten, sondern das Eingeständnis, dass seine Mitgliedschaft dort nicht mehr zielführend ist, da die AfD zwar Faschisten in ihren Reihen hat, aber durch und durch eine parlamentarische Partei ist. Dass sich ihre Politik letztendlich kaum von der der etablierten Parteien unterscheidet, kostet sie jetzt erheblich Stimmen, indem große Teile der „Protestwähler“ wieder abwandern.

Unter anderem durch seine provokanten Auftritte und wiederholte Übergriffe auf politische Gegner hat sich Mandic einen Ruf als rechter Hardliner erarbeitet und konnte in der Vergangenheit vor allem bei einem Klientelpunkten, dass so ein Vorgehen mit Wählerstimmen belohnte. Darüber hinaus konnte er eine gewisse Gruppe junger Leute politisch an sich binden und Verbindungen zwischen unterschiedlichen rechten Akteuren stärken, was ihm ohne Zweifel auch weiterhin zugute kommen wird. Auch in Zukunft wird es also die Aufgabe Freiburger Antifaschisten sein, den reaktionären Umtrieben Mandics und seiner Bande einen Riegel vorzuschieben. •



## WAHLZIRKUS 2021: EINE BESTANDSAUFNAHME



*Im Partnerlook: Laschet und Söder auf missglückter Mission, die Union entgegen ihrer Krise als starke Einheit darzustellen*

**N**och knapp vier Monate sind es, dann ist wieder Bundestagswahl. Auch wenn die bürgerlichen Parteien es lang ungern zugeben wollten, läuft der Kampf um die Wählerstimmen auf Hochtouren. Nachdem die SPD ihren Mann fürs Kanzleramt schon vor Monaten präsentierte, haben Ende April auch CDU und die Grünen ihre Kandidaten ins Rampenlicht treten lassen. Die drei größten bürgerlichen Parteien haben sich grundsätzlich für den Wahlkampf definiert. Die Grünen im Lichte des Aufschwungs, die CDU im Schatten der Krise des Parlamentarismus und die SPD nach wie vor angeschlagen und hinterherhinkend im Schatten ihrer selbst.

### INSTABILITÄT BEI DER UNION

Bei der Union war die Wahl des Spitzenkandidaten mit einem großen Hin und Her verbunden, ausgelöst vor allem durch den bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder von der CSU. Als Armin Laschet schon als Kanzlerkandidat für die CDU feststand, brachte sich Markus Söder, ins Spiel der ebenfalls Ansprüche auf das Amt des Bundeskanzlers hegte. Die kleine CSU startete ihr Aufbegehren gegen die große Mutterpartei. Es folgten mehrere Wochen parteiinternen Kampfes, zahlreiche ranghohe Politiker der CDU bekannten sich offen für den einen oder anderen Kandidaten, und jedes Mittel war recht. Es zeigt sich, dass die Union – die größte bürgerliche Partei der BRD – von der Krise des Parlamentarismus, die sich auch in der BRD immer weiter verschärft, nicht unversehrt bleibt. Diese ganze Geschichte

zeigt, dass der Kampf der verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie in stark fragmentierter Form stattfindet; dass der Kampf dieser unterschiedlichen Fraktionen sich nicht nur im Kampf der verschiedenen Parteien ausdrückt sondern auch innerhalb von Parteien stattfindet. Armin Laschet als derjenige, der für Kontinuität steht, der in Merkels Fußstapfen tritt und weitermacht, wie sie es gemacht hat. Markus Söder als offenerer Reaktionär, der die Faschisierung des deutschen Staates schneller vorantreiben will.

Letzten Endes hat sich ganz nach dem Motto des altbekannten CDU-Wahlkampfespruchs „Keine Experimente“ Armin Laschet als Spitzenkandidat für die Union durchgesetzt. Welche Instabilität diese Entscheidung aber mit sich bringt, zeigte sich noch Wochen, nachdem Laschet als Gewinner verkündet wurde. Noch Wochen später war die Diskussion darüber, ob Laschet nun der richtige Mann für die Union sei, oder man nicht doch hätte mit Söder in den Wahlkampf ziehen sollen, nicht abgeflacht. Das Misstrauen in die CDU ist groß in diesem Jahr, das für die Union mit einem Korruptionsskandal, der „Maskenaffäre“ eingeleitet wurde. Fest steht, dass die Partei in den Augen der Massen mit dieser ganzen Geschichte noch mehr Ansehen verloren hat und das ganze System des Parlamentarismus stärker delegitimiert wurde. Trotzdem soll Markus Söder nun mit voller Unterstützung hinter Armin Laschet stehen. Doch die CSU und Söder haben direkt nach der Entscheidung für Armin Laschet gezeigt, dass der Kampf um bundesweit mehr Einfluss für sie noch nicht verloren



ist. Das neue Projekt dafür sind sogenannte Online-Parteimitgliedschaften, die bei der CSU seit kurzem möglich sind. Über Bayern hinaus kann jedermann für „nur“ 60 Euro im Monat Onlinemitglied der CSU werden. So versucht sich die CSU, bzw. Söder, eine Massenbasis außerhalb von Bayern zu schaffen, um zukünftig auch außerhalb Bayerns besser agieren zu können. Die Union ist zersplittert in einzelne Fragmente.

## SPD – WESTE WIEDER WEISS?

Die SPD hat sich auch in den letzten vier Jahren nicht von ihrer Unpopularität erholen können. Die Umfragewerte sind nach wie vor schlecht, die Aussichten darauf, den Kanzler zu stellen, geradezu nicht existent. Die einst so große SPD kann auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie kaum noch Wurzeln schlagen und verwelkt immer weiter. Das einzige, wodurch sie auffallen konnten, war eigentlich, dass sie bereits im letzten Jahr – außergewöhnlich früh – ihren Kanzlerkandidaten vorgestellt haben. Olaf Scholz – Vizekanzler, Finanzminister, G20-Jäger und der Pate von Hamburg – soll der Mann sein, der die SPD durch das „Superwahljahr“ führt. Die Abstimmung, die Scholz mit 96 Prozent Zustimmung ganz offiziell zum Kanzlerkandidaten kürte, fand zwar erst am 09. Mai dieses Jahres statt, de facto ist Scholz aber schon seit letztem Jahr fester Frontmann für die SPD bei der Bundestagswahl. Es ist also vor allem interessant, warum die SPD Scholz schon so viel früher aufstellte. Das hauptsächliche Problem, das Olaf Scholz hatte, waren seine ominösen Verwicklungen als Finanzminister in unterschiedliche Dinge. Zum einen seine Verwicklung in den Skandal rund um das Unternehmen Wirecard, das 1,9 Milliarden Euro verschwinden ließ, obwohl die Bafin, eine Behörde, die unter Scholz' Zuständigkeit steht, Wirecard kontrollierte. Zum anderen der Cumex Skandal rund um die Warburg Bank aus der Zeit, als Scholz noch Bürgermeister von Hamburg war. Wegen beiden Fällen musste sich Scholz vor Untersuchungsausschüssen verantworten. Keine guten Karten, wenn es darum geht, Kanzler zu werden. Andererseits sind all diese Sachen nun schon einige Monate her und größtenteils aus der öffentlichen Wahrnehmung verbannt. Und genau das war der Plan hinter der frühzeitigen Aufstellung von Scholz: Die befleckte Weste rein Waschen und die Zeit die offenen Wunden heilen lassen.

## AUFSCHWUNG BEI DEN GRÜNEN

Die besten Vorzeichen für die diesjährige Bundestagswahl haben die Grünen. Im Gegensatz zu Union und SPD

sind sie scheinbar unbefleckt, es gab keine Skandale und kein Theater. Natürlich sind sie weder unbefleckt, noch skandalfrei – erinnert sei an den Mitbeschluss als Teil der Regierung zum Krieg gegen Jugoslawien 1999, dem ersten Angriffskrieg Deutschlands seit 1945, den Crystal-Meth-Junkie Volker Beck oder die allgemeine Haltung der Partei, Pädophile in den eigenen Reihen zu dulden. Aber diese Geschichten sind eben weit in den Hintergrund gerückt. Mit Annalena Baerbock als Kanzlerkandidatin haben die Grünen jemanden, hinter dem vermeintlich die gesamte Partei steht. Sie haben mit „Fridays for Future“ eine Massenbewegung, die sie führen, was, wie sich schon bei der Europawahl 2019 zeigte, große Auswirkungen auf das Wahlergebnis haben kann, und profitieren auch von der verstärkten Verbreitung des kleinbürgerlichen Feminismus. Sie werden nun alles daran setzen, ihre Massenbewegung wieder auf die Straßen zu bringen, um ihre Jagd nach Wählerstimmen auch auf diese Art und Weise anzukurbeln. Zuletzt bekamen die Grünen durch die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, das das Klimaschutzgesetz der Regierung für verfassungswidrig erklärte, ordentlich Rückenwind – ein Gesetz, gegen das die Grünen schon, seitdem es verabschiedet wurde, angehen. All das bescherte den Grünen zuletzt Rekordwerte in Wahlumfragen. Andere bürgerliche Parteien wie die Linke, die FDP oder die AfD spielen derzeit aufgrund ihrer eigenen Probleme fast keine Rolle im Wahlzirkus.

Das Panorama der diesjährigen Wahlen ist natürlich gezeichnet von der Wirtschaftskrise und der Handhabung der Pandemie. Der Massen schreien mehr und mehr nach Veränderung, und vor allem die aktuelle Regierung hat in den Augen der Massen jämmerlich versagt. Eines muss aber klar sein – keine der bürgerlichen Parteien ist dazu in der Lage, Besserungen für die Arbeiterklasse und das Volk zu bringen. Tritt die eine Regierung ab, kommt die nächste, die nicht unseren Interessen dient, sondern nur einer anderen Fraktion der Bourgeoisie in die Karten spielt. Das bedeutet, dass Wahlen nicht die Lösung sind, nicht das Neue bringen, sondern nur eine Bestätigung für den Parlamentarismus sind. Das Mittel, das die Arbeiterklasse hat, ist der Boykott der Wahlen, um zu zeigen, dass diese nicht in unserem Interesse stattfinden. Denn gehen die Leute nicht wählen, verliert das System seine Legitimation. Was nun im sogenannten „Superwahljahr“ also für uns auf der Tagesordnung steht, lässt sich in einer Parole zusammenfassen: **„Geht nicht wählen, sondern kämpft und wehrt euch!“** •



## ZUERST MUTTER, DANN REVOLUTIONÄRIN?

**H**omeschooling, Notbetreuung, geschlossene Kitas – dass der Alltag mit Kind und Kegel während der Corona-Pandemie zur Zerreißprobe wird, ist für uns Normalität geworden. Seit über einem Jahr halten wir den Kopf über Wasser: Bereits Mitte 2020 waren laut Umfrage des NDR über 70% der Eltern in Norddeutschland unzufrieden mit der Betreuungssituation ihrer Kinder. Für die Meisten ist klar, dass das ein Ende haben muss, vor allem für die, die das Ganze auf engstem Raum, ohne die notwendigen technischen Geräte und mit mangelnder Unterstützung seit Monaten managen.

Vor allem Frauen mit niedrigerem bis mittlerem Einkommen müssen den Effekt der Krise auf die Familie ausbaden. Seit Jahrzehnten kämpfen Frauen dafür, dass sie nicht allein für die Kinderbetreuung verantwortlich gemacht werden, einfach, weil sie Frauen sind. Trotzdem kümmern sich während der Pandemie wieder vermehrt allein Frauen um die Kinder, während der Mann mehr arbeitet, um die Familie zu ernähren. Während ein Drittel der Frauen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen ihre Arbeitszeit reduziert haben, um die Kinderbetreuung zu gewährleisten, taten dies nur 18 Prozent der Männer. Das, weil Männer leider immer noch mehr verdienen und es sich somit mehr für die Familie „lohnt“, wenn der Mann weiter arbeitet.

Für viele Eltern wird es also noch ungemütlicher in dieser Gesellschaft. Was also tun? In diesen Zeiten Revolution machen UND Kinder großziehen, das geht doch nicht! Oder?

Dass es möglich und notwendig ist, Revolutionärin zu sein und Kinder zu haben, darüber haben wir bereits einiges gesagt und viele Genossinnen und Genossen beweisen das. Sie gehen mit gutem Beispiel voran und zeigen in der Praxis, dass es möglich ist, jeden Tag ihre revolutionäre Arbeit zu machen, und Kinder unserer Klasse zu erziehen. Das Proletariat ist die Klasse, die die Zukunft in den Händen trägt, dementsprechend ist es auch unsere Aufgabe als Revolutionäre, unsere Klasse zu reproduzieren. Wenn wir die nächste Generation von Revolutionären schaffen, sind das Kinder unserer Klasse. Dementsprechend muss auch die Kinderbetreuung kollektiv organisiert werden. Zum Beispiel passen die Älteren im Viertel, die nicht

mehr so viel körperlich anspruchsvollere kollektive Arbeit leisten können, auf die Kinder auf, während deren Eltern diese Arbeit verrichten. Außerdem können auch kleine Kinder Arbeiten verrichten, die ihnen nicht besonders schwer fallen dürften, wie zum Beispiel nach dem gemeinsamen Essen den Abwasch zu erledigen. Was vor allem dazu dient, den Kindern von Anfang an ein Gefühl dafür zu vermitteln, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, das kollektive Leben zu organisieren.

Auch wenn wir die Beispiele, wie es funktionieren kann, bereits kennen, hört man immer wieder von selbst ernannten Feministinnen, die sich selbst unverhohlen auf ihre Rolle als Mutter reduzieren, man müsse zuerst Mutter, dann Ehefrau / Partnerin und dann Revolutionärin sein. Frauen könnten nur eine aktive Rolle in der Revolution spielen, solange diese keine Kinder bekommen. Damit schlagen sie voll in die Kerbe des Patriarchats. Das behauptet, Frauen wären unpolitisch und könnten deshalb nicht so am Klassenkampf teilnehmen, wie Männer es tun. Manche behaupten auch, die Revolution an erste Stelle zu setzen, sei zu „gefährlich“ für Mütter. Das Risiko, dass der Mutter etwas zustoße, sei zu groß, denn der Vater sei zu unfähig, um sich im Ernstfall allein das Kind zu kümmern. Außerdem könne man es nicht verantworten, wenn dem Kind selbst etwas passiert. Die Herrschenden tun so einiges dafür, dass sie diese Ideen in den Köpfen von Genossinnen aufrechterhalten. Nicht umsonst werden Bilder aufgefrischt von „Rabenmüttern“, wenn Frauen sich einmal weniger um ihr eigenes Kind kümmern.

### KINDER SIND KEIN „FRAUENPROBLEM“

Außerdem versucht die herrschende Klasse, den Müttern weis zu machen, die Kinder seien doch ewig an uns gebunden, wir können unsere Kinder nicht allein lassen. Es wird suggeriert, Kinder seien keine Menschen und können nicht selbst denken und handeln. Aber Kinder sind eigene Menschen, haben einen eigenen Kopf und machen ihre eigenen Erfahrungen in dieser Gesellschaft. So schließen junge Mädchen die Reihen der Demonstration, auch ohne in unmittelbarer Nähe ihrer Mutter zu sein, weil sie verstanden haben, dass der Imperialismus und



das Patriarchat sie ausbeutet und das nur ein Ende haben kann, wenn sie selbst dagegen kämpfen. Weil sie verstanden haben, dass die Organisation für sie da ist, mit ihr kämpft und sie unterstützt, egal was passiert, dafür müssen sie nicht an der Hand ihrer Mutter laufen. Den Kampf der Kinder ist nicht einfach „Frauenkampf“, sondern genauso wie die Arbeiter und die Frauen sich selbst von ihrer Unterdrückung befreien müssen, müssen sich auch die Kinder von ihrer Unterdrückung selbst befreien. Nicht selten können die Eltern Teil ihrer Unterdrücker sein.

Wer dann auf die Kinder aufpasst, solange das notwendig ist, das ist eine Frage von politischer Notwendigkeit. Es kommt darauf an, wer mehr für die Revolution tun will. Wenn sich Frauen der Revolution anschließen, sind nicht automatisch die Männer für die Kinderbetreuung verantwortlich, damit Frauen „ihren Frauenkampf“ führen können. Es ist Ausdruck des kleinbürgerlichen Feminismus, den Spieß einfach umzudrehen, damit die Frauen auch mal die Macker sein können. Man schiebt dann die „Reproduktions-Arbeit“ pauschal auf die Männer ab, in denen der kleinbürgerliche Feminismus am meisten verankert ist, anstatt eine kollektive Lösung zu finden. Weil es den kleinbürgerlichen Feministinnen wichtiger ist, WER etwas tut, anstatt dass das getan wird, was politisch richtig ist.

Nun meinen Manche, die sich der revolutionären Sache verschrieben haben, und den proletarischen Feminismus in Frage des Kinderkriegens verteidigen, sich dennoch darauf ausruhen zu können, dass sie doch Mütter seien, und auf ihr Kind aufpassen müssten. Wo sonst dem kleinbürgerlichen Feminismus und der Pseudotheorie des minderwertigen weiblichen Natur der Kampf angesagt wird, wird plötzlich doch auf die Rolle der Mutter bestanden, die die bürgerliche Gesellschaft uns immer wieder eintrichtert. Über Jahrzehnte wurde von Feministinnen die Vorstellung bekämpft, dass Frauen automatisch für die Kinderbetreuung verantwortlich sind, einfach, weil sie Frauen sind. Gleichzeitig wird vor allem von weiblichen Revolutionären das Argument vorgebracht, dass man doch ein Kind in die Welt gesetzt habe, als Erklärung dafür, etwas NICHT tun zu können. Die Genossinnen reduzieren sich selbst zu Revolutionären zweiter Klasse. Sie widersprechen so dem proletarischen Feminismus, der besagt, dass Frauen genauso Teil der Revolution sein müssen wie Männer, d.h. dass für sie die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten gelten.

Im schlimmsten Fall kann die „Mutter-Sein“-Karte gegen den proletarischen Feminismus ausgespielt werden: am 8. März kann man das Kind ohne mit der Wimper zu zucken abgeben und sich in die erste Reihe stellen, aber wenn es etwas unangenehmer wird, ist man doch Mutter, für die man Samthandschuhe braucht. Das, wofür sie sonst selbst kämpfen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind, wird gerne Mal in Frage der Kinderbetreuung über Bord geworfen und auf einmal soll doch auf Frauen, die Kinder haben, besondere Rücksicht genommen werden.

Natürlich ist es eine zusätzliche Aufgabe, in dieser Gesellschaft ein Kind zu erziehen, die gut überlegt sein will und die momentan noch hauptsächlich die bürgerliche Kleinfamilie zu schultern hat. Aber man kann deshalb nicht die Behauptung aufrecht erhalten, Mutterschaft und revolutionäre Arbeit seien nicht vereinbar.

Was wir brauchen ist, dass wir Organisation schaffen müssen, die sich der Probleme der Massen annimmt und diese auch Tatsächlich löst, nicht nur leere Worte verbreitet. Wir brauchen Genossinnen, die bereit sind, in jedem Moment ihre Aufgabe als Führerinnen dieser Massen wahrzunehmen. Wir brauchen vor allem die Kommunistische Partei, mit deren Führung diese Probleme in Zukunft der Vergangenheit angehören werden. •





## BERLINER MIETENDECKEL, ERSTER MAI UND DIE WUT DER MASSEN – EIN ERFAHRUNGSBERICHT



*Feuer auf der Sonnenallee: Der 1. Mai in Neukölln*

**I**n der letzten Ausgabe haben wir bereits über die Wohnungssituation in Berlin gesprochen. Dabei haben wir über den Mietendeckel gesagt, dass weiterhin gedroht wird, ihn zu kippen. Auch, dass in diesem Falle die eingesparten Gelder zurückzuzahlen sind. Nun wurde der Mietendeckel tatsächlich vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt. Der angegebene Grund ist, dass Berlin nicht berechtigt sei, ein solches Gesetz zu erlassen, da die Mietgesetze ja schon auf Bundesebene geklärt seien. Dass dieser Gesetzesstand nur dazu führt, dass immer mehr von uns nicht in der Lage sind, ihre Miete zu zahlen, ist dem Gericht dabei herzlich egal.

So wird die ohnehin unhaltbare Wohnsituation in Berlin nur noch mehr verschärft. Einzelne Wohnungsbaugesellschaften verzichten zwar auf Nachzahlungen in einem hoffnungslosen Versuch, ihr öffentliches Image aufzubessern, der Großteil von ihnen aber tut nicht mal das. Auf das, was in der Praxis eine Mieterhöhung ist, will aber niemand verzichten.

Der gerechtfertigte Hass der Massen war in Folge klar zu sehen. Von Arbeitern bis Studenten ist es

schwer, jemanden zu finden, der diese lächerliche Begründung nicht albern findet. Anstatt zu versuchen, die Situation dann eben auf Bundesebene zu lockern, wird diese kleine Entlastung der Mieter gestrichen. Besonders vor dem Hintergrund, dass die Maßnahmen des Ausnahmezustands neuerdings ja auch auf Bundesebene beschlossen werden sollten, es hier aber kein Gericht stört, wenn jedes Bundesland sein eigenes Süppchen kocht und beispielsweise die Ausgangssperre in Hamburg einfach eine Stunde früher beginnt. Dementsprechend war die Mobilisierung der Massen zu einer kurzfristig angemeldeten Demonstration am Abend nach der Entscheidung enorm. Auch die Polizei war offensichtlich überrascht über das Ausmaß der Mobilisierung. Als es für sie dann aber wieder einmal Zeit war, ihre faschistische Gewalt an den Massen auszuleben, lief es wieder nach Plan für sie. Sie wollten der Demonstration eine Endkundgebung nicht ermöglichen, wie es im Übrigen auch beantragt und bestätigt wurde. Stattdessen sahen sie eine Gefahr in der Menge der versammelten Massen und beschlossen, sie am geplanten Endpunkt am Kottbusser Tor erst mit immer wieder durch die Menge laufenden Trupps von Bullen zu schikanieren. Die Massen stellten



sich gerechtfertigterweise dagegen und versuchten, die Bullen aus der Demonstration zu vertreiben, was kurzzeitig gelang. Daraufhin begannen die Bullen massiv, Demonstranten anzugreifen, brutal zu schlagen und festzunehmen. Gerechtfertigt haben sie es wie so oft in letzter Zeit mit dem Infektionsschutz, der als willkürliche Begründung benutzt wird, alles und jedem, der unliebsam für den deutschen Staat wird, anzugreifen und festzunehmen.

Wie wir nun auch am ersten Mai gesehen haben, ist diese Wut der Massen keine auf einzelne Themen beschränkte Angelegenheit. Zurecht, schließlich werden wir ja jeden Tag gezwungen, in diesem verrottenden Ausbeutersystem zu leben und selbst kleine Erleichterungen unserer Last werden mit fadenscheinigen Begründungen zurückgenommen.

Am 1. Mai hat der DGB seine staatstragende und konfliktscheue Haltung einmal mehr auf die Spitze getrieben und auch in diesem Jahr wieder auf seine klassische Vormittagsdemonstration verzichtet. Diese Lücke wurde von klassenbewussten linken Gruppen und kämpferischen Basisorganisationen einzelner Gewerkschaften gefüllt, die von der DGB-Zentrale zum Vivantes Klinikum in Kreuzberg demonstrierten.

Entsprechend hoch war auch die Beteiligung an der „Revolutionären 1. Mai-Demonstration“, die in diesem Jahr wieder vom Hermannplatz startete. Der Demozug startete erst gegen 19 Uhr, da die Bullen bereits am Start mit ihren Schikanen unter Vorwand des Infektionsschutzes begannen. Nachdem die Demo dann loslief, wurde bereits nach einigen hundert Metern von den Bullen angekündigt, einzelne Blöcke seien nun von der Demonstration ausgeschlossen. Der Grund seien Verstöße gegen die Hygienemaßnahmen, es hätte an Abstand gefehlt und Masken seien nicht getragen worden. Die neue Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik und Polizeidirektor Stephan Katte sprachen davon, dass diese Blöcke die einzigen „schwarzen Schafe“ gewesen seien, und der Rest der Demonstranten hätte ja nur friedlich zulassen sollen, dass ihre Mitstreiter verprügelt und festgenommen werden, dann wäre ihnen ja nicht auch noch das Gleiche widerfahren. Ihre erlogene Rechtfertigung der Verstöße gegen Hygieneschutz habe „*möglicherweise [...] der bewussten Provokation gedient*“, die Demonstranten hätten also gewollt, verprügelt zu werden. Bedenkt man,

dass in Berlin in den letzten Jahren immer wieder Demonstrationen wegen Vermummung angegriffen wurden, ist dieser Vorwurf absurd. Insbesondere, da die Masken meist getragen wurden, mit möglicher Ausnahme einiger Hedonisten, die außerhalb des Demozugs herumgetanzt und gesoffen haben.

Die betroffenen Teile der Demonstration haben sich geweigert, der Schikane und ihrer Auflösung zu beugen. Denn der 1. Mai ist seit über hundert Jahren der Tag unserer Klasse, und daran wird sich nichts ändern. Nach kurzen Kämpfen in Folge des Angriffs wurden die Demonstranten jetzt tatsächlich eng aneinander gedrückt und eingekesselt. Auch der vordere Teil der Demonstration wurde mit ähnlichen Gründen zeitnah angehalten und dann von der Polizei aufgelöst. Gesundheitsschutz wurde wieder einmal zum Vorwand gemacht, um den Widerstand gegen diesen Staat zu unterdrücken. Dazu hat die Berliner Polizei auch ihre alteingesessene Tradition von dreisten Lügen aufrechterhalten und behauptet, der Veranstalter habe die Demonstration selbst für beendet erklärt, da er auch von Demonstranten angegriffen worden sei. Dafür haben sie keinerlei Beweise, es gibt aber Aussagen von Mitveranstaltern, die die Lüge offenbaren. Diese ewigen Lügen und Vorwände erkennen auch immer mehr Menschen in den Vierteln, und so kam es zu kurzen, aber heftigen Reaktionen auf die Polizeischikane in der Sonnenallee, wo der vordere Teil der Demonstration nun angegriffen wurde und sich wehrte. Bullen und bürgerliche Journalisten wurden beleidigt und beworfen. Gerade migrantische Jugendliche haben seit Beginn des Ausnahmezustands oft erlebt, wie sie aus angeblichen Infektionsschutzgründen mit Bußgeldern überzogen wurden. Oder um es mit den schnörkellosen Worten eines Jugendlichen am Abend zu sagen: „*Die ficken uns das ganze Jahr.*“

Dass er mit diesem Gefühl alles andere als allein steht, zeigt auch, dass nur eine Woche später wieder Tausende auf der Straße waren, gegen den Polizeistaat BRD und die Gewalt und Schikanen, die ihre Bullen uns aussetzen. Die bürgerlichen Medien, die zufällig auch immer den „Klassenkampf“ aus dem 1. Mai-Demonstrationsmotto vergessen zu erwähnen, beschreiben die Demonstration so: „2500 Links-Chaoten für Demo gegen Polizeigewalt angemeldet“. Diese 2500 wurden im Übrigen bei weitem überstiegen. •



## RAUB DER GRUNDRECHTE, DOPPELMORAL UND STEUERBETRUG - EIN HOCH AUF DIE HAMBURGER SPD

**D**ass die Corona-Pandemie von den Herrschenden, in Politik und Wirtschaft, zur Verschleierung einer überfälligen Wirtschaftskrise und zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen genutzt wird, ist mittlerweile kein Geheimnis mehr. Nach mehr als einem Jahr Ausnahmezustand, Polizeistaat und nun auch Ausgangssperren, bei denen wir aber weiterhin schön brav jeden Morgen zur Arbeit müssen, kann es daran keinen Zweifel mehr geben. Aber die Regierung der Stadt Hamburg setzt dem Ganzen kurz vor der Bundestagswahl mal wieder die Krone auf.

Dass es die Stadt Hamburg mit den demokratischen Grundrechten nicht so eng sieht, ist nichts Neues. Man erinnere sich nur an die unzähligen Demonstrationen progressiver Kräfte, welche von der Polizei angegriffen wurden und werden, an die vielen Verletzten und an all die Festgenommenen. Und wenn die Hamburger Exekutive zuschlägt, tritt die Judikative nochmal ordentlich nach. Internationale Aufmerksamkeit erlangten vor allem die politischen Verfahren im Nachgang des G20-Gipfels. Nicht nur, dass jeglicher Protest, inklusive Zeltlager, von den Bullen angegriffen wurde und Leute durch die folgende „Öffentlichkeitsfahndung“ vor jedem Gerichtsprozess an den öffentlichen Pranger gestellt wurden. Danach führte man hanebüchene Schauprozesse. So sollten unter anderem Leute allein wegen der Teilnahme an einer Demonstration zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt werden, ohne dass man ihnen irgendwelche Straftaten vorgeworfen hätte. Jetzt, während der Corona-Pandemie, setzt Hamburgs Regierung bei dem Ganzen noch einen drauf. Schon vor der erneuten Änderung des Infektionsschutzgesetzes durch den deutschen Bundestag im April hat Hamburg auf flächendeckende nächtliche Ausgangssperren gesetzt. Und auch damals war schon klar, dass das wohl kaum das Infektionsgeschehen beeinflusst, wenn man um 5 Uhr wieder in der überfüllten U-Bahn stehen muss. Die Leute haben genug davon, diese Krise auszubaden und die Herrschenden haben einfach Angst davor, dass sich die gerechtfertigte Rebellion der Massen entfesselt. Deswegen wollen sie Menschenansammlungen unterbinden und das natürlich besonders Nachts. Jetzt, wo Ausgangssperren ab 22 Uhr bundesweit zur Realität geworden sind, wundert es leider die Wenigsten,

wenn diejenigen, die sich immer noch „sozial“ und „demokratisch“ schimpfen, sagen: „Nö, bei uns weiterhin ab 21 Uhr“. Und damit nicht genug: Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher hat Ende April eine gesetzliche Einschränkung der Versammlungsfreiheit gefordert, angeblich aus Infektionsschutzgründen. In einem Interview mit der „Bild“ sagte er, er halte es für sinnvoll, *„wenn der Bund in das Infektionsschutzgesetz ganz ausdrücklich aufnimmt, dass man auch das Versammlungsrecht hier einschränken kann, so wie andere Grundrechte“*. Er nehme das Demonstrationsrecht zwar „sehr ernst“, es könne in dieser „sehr ernstesten Lage“ aber nicht sein, *„dass Tausende Menschen unterwegs sein können“*. Man will sich also juristisch absichern, um keine Zweifel an der angeblichen Rechtmäßigkeit der Vorgehensweise zuzulassen. Peter weiß, juristisch ist die Grauzone erreicht. Schade nur für ihn, dass der Vorschlag vom Bundestag so nicht in das neue „Infektionsschutzgesetz“ übernommen wurde. Trotzdem ändert dies nichts an der Fortführung dieser Praxis. So auch am 1. Mai diesen Jahres, wo jegliche Demonstrationen in der ganzen Stadt von vornherein verboten, Plätze, wo sich Leuten treffen könnten, von den Bullen besetzt, Demonstranten schikaniert und attackiert wurden. Selbst die bürgerliche Presse beschwert sich darüber, dass bei den Faschisten mehr darauf geachtet wird, dass ihre „Versammlungsfreiheit“ gewahrt wird, als bei linken Demonstrationen. Die Farce des Ganzen wird deutlich, wenn die „Beamten“ sich selbst nicht einmal sicher sind, welchen Vorwand sie am Besten vorschieben sollen, um Jugendliche, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen, über Stunden festzuhalten und übelst zu schikanieren: *„Verstoß gegen Infektionsschutz oder Demonstrationsrecht?“*

Also mal wieder saubere Arbeit vom Hamburger Innensenator Andy Grote (SPD), der auch schon die persönliche Verantwortung für die Repressionen um den G20-Gipfel trug. Der Andy Grote, der während des ersten sogenannten „Lockdowns“ im Juni 2020 eine Party mit mehr als 30 Gästen veranstaltete, um seine erneute Vereidigung als Senator für Inneres und Sport zu feiern. Wenige Tage zuvor hatte er noch gefordert, man müsse sich Alternativen für Demonstrationen überlegen, wie z.B. Menschenketten mit Abstand, angeblich natürlich nur aus Infektionsschutzgründen.



Um das Bild der Hamburger SPD rund zu machen, fehlt noch Olaf Scholz, bis 2018 Bürgermeister von Hamburg, jetzt Bundesfinanzminister und stellvertretender Bundeskanzler. Mitte April musste dieser sich dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestags zur Aufklärung des sogenannten Cum-Ex-Skandals stellen. *Bei sogenannten Cum-Ex-Geschäften kommt es in großem Umfang zu bewusst herbeigeführter mehrfacher Erstattung von nur einmal abgeführter Kapitalertragssteuer – Dadurch entstand dem deutschen Staat ein „Steuerschaden“ von mehr als 30 Milliarden Euro.*

Scholz und anderen führenden Politikern der SPD wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, Einfluss auf die steuerliche Behandlung mindestens einer Bank, der Warburg-Bank, genommen zu haben. 2016 und 2017 hatte es mehrere Treffen des damaligen Bürgermeisters Olaf Scholz und des Warburg-Miteigentümers Christian Olearius gegeben. Gegen Olearius liefen damals bereits Ermittlungen wegen des Verdachts auf schwere Steuerhinterziehung. Ein Anwalt von Olearius berichtete, bei dem Treffen am 7. September 2016 sei es nicht darum gegangen, begünstigt zu werden, sondern dem Juristen Scholz die Rechtsauffassung der Bank zu erläutern. Nach dem Bekanntwerden der Cum-Ex-Geschäfte ließ Hamburg eine Steuernachforderung gegenüber der Warburg-Bank in Höhe von 47 Millionen Euro verjähren. Eine Weitere in Höhe von 43 Millionen Euro wurde nur durch Intervention des Bundesfinanzministeriums eingefordert. Laut Scholz alles nur Zufall. Zuvor hatte er sogar bestritten, dass es die Termine überhaupt gab, erst als „Die

Zeit“ und „ARD-Panorama“ Tagebuchauszüge von Christian Olearius veröffentlichten, räumte Scholz die Treffen nach und nach ein. Im Ausschuss bestätigte er anhand seines Terminkalenders insgesamt drei Treffen und ein Telefonat, auch wenn er sich selbst nicht daran erinnere.

*„Scholz hat inzwischen reichlich Erfahrung mit Untersuchungsausschüssen, im großen Festsaal des Hamburger Rathauses, in dem der Ausschuss an diesem Freitag tagt, saß er schon 2017, als es um die Gewalttexasse beim G20-Gipfel in Hamburg ging. Zuletzt musste er im Bundestags-Untersuchungsausschuss zur Wirecard-Affäre aussagen, dem wohl größten Bilanzskandal der deutschen Wirtschaftsgeschichte, in dem es auch um das Versagen der Finanzaufsicht geht.“ (Der Mann ohne Erinnerung, Spiegel, 30.04.2021)*

Scholz behauptet, sich auch an den Inhalt der Gespräche nicht erinnern zu können. Eine Ausrede, die nicht mal der verlogenste Parlamentarier und Vertreter einer Fraktion der Bourgeoisie glauben kann. Ebenso behauptet Scholz, sich nicht an den Inhalt des Schreibens erinnern zu können, dass ihm von Olearius gegeben wurde, und in welchem nicht nur ihre Rechtsposition dargelegt wird, sondern auch betont wird, dass sie sich in ihrer Existenz gefährdet sehen, sollten sie millionenschwere Steuerrückforderungen begleichen müssen. Dann schloss Scholz sein Plädoyer mit den Worten „Man muss ein reines Gewissen haben, und das habe ich.“ Das kann man ihm beinahe glauben, denn schließlich hat er ja im Interesse des Kapitals gehandelt, also im Interesse des Systems, im Interesse des Imperialismus, ebenso wie Tschentscher und Grote. Und für die ist das

Niederknüppeln von Protesten, die Abschaffung demokratischer Rechte usw. kein Problem, was ihnen ein besonders schlechtes Gewissen macht. Die politischen Vertreter der Herrschenden sind Ausdruck des Absterbens und Verfaulens von diesem System. Wollen wir den Untergang dieses Systems endgültig besiegeln, müssen wir klarmachen, dass ihnen an keiner Stelle nur das geringste Bisschen Vertrauen zu schenken ist, und in unserem Kampf den Boykott der Wahlen der Herrschenden entwickeln. •

*Wie aus einer Dystopie: Big Peter is watching you!*





## STIMMEN GEGEN DIE AUSGANGSSPERRE



1. Mai in Bremerhaven-Lebe

*Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe einen Leserbrief, der uns von einem Verkäufer der Roten Post zugeschickt wurde. Der Genosse schildert in seinem Brief seine Erfahrungen, die er beim Verkauf der RoPo in den Arbeitervierteln von Bremerhaven in den letzten Wochen gemacht hat und teilt so wichtige Berichte, die einen guten Eindruck über die Stimmung verschaffen, die unter den Leuten in der ärmsten Stadt der BRD herrscht.*

**W**oche für Woche bin ich mit der Roten Post auf den Straßen der Arbeiterviertel von Bremen und Bremerhaven unterwegs und Woche für Woche höre ich, was die Leute in den Vierteln zu sagen haben. Sie kommen zu mir und erzählen von ihren Problemen, was sie stört und beschäftigt. Es gibt viel zu erzählen, denn es passiert viel in diesen Zeiten. Die Krise hat viele Veränderungen gebracht und das innerhalb kürzester Zeit. Es sind immer wieder Themen, die sich sehr ähneln, die die Leute beschäftigen. Was besonders ins Auge sticht, sind die Ausgangssperre und all die anderen Maßnahmen, die durch den Ausnahmezustand verhängt wurden.

In Bremerhaven ist mit der sogenannten Bundesnotbremse, die die deutsche Regierung am 21 April hat Inkraft treten lassen, schon das zweite Mal eine Ausgangssperre verhängt worden. Nachdem die lokale Ausgangssperre Anfang April wieder aufgehoben wurde, dauerte es nur gut zwei Wochen, bis diese massive Einschränkung der Freiheiten zurückkehrte. Entsprechend aufgeheizt ist auch die Stimmung in Bremerhaven, insbesondere in den Arbeitervierteln der Stadt. Man braucht nur einmal durch die Goethestraße zu laufen und sich mit ein paar Leuten

zu unterhalten, und schnell wird einem klar, wie wütend sie gerechtfertigterweise sind. Nicht nur über die erneute Ausgangssperre, sondern über die gesamte Handhabung der Pandemie durch die Regierung. Schikane durch die Polizei sind die Leute schon gewohnt, und egal, mit wem man im Viertel spricht, ob alt oder Jung, ob Deutscher oder Migrant, die Polizei ist allgegenwärtig. Doch mit der Ausgangssperre ist das Niveau noch einmal stark gestiegen. Jedermann, der nach 22 Uhr auf der Straße ist, ist nun ein Grund für eine Kontrolle. So ist es den Jugendlichen, die sich durch die Kontaktbeschränkungen und den Distanzunterricht seit über einem Jahr schon nicht treffen können, nun nicht mal mehr möglich, sich nach 22 Uhr zu treffen, ohne das Risiko, ein hohes Bußgeld zu kassieren. So berichtete eine Mutter, die den ganzen Tag im Krankenhaus schuftet, von ihrer jugendlichen Tochter, die sich mit ihren Freundinnen traf und nun ein Bußgeld zahlen muss, welches man sich bei dem Gehalt einer Krankenschwester kaum leisten kann.

Durch die erneute Verschärfung wurde die Wut nur noch stärker, und das beschränkt sich natürlich nicht nur auf die jungen Leute. Die Einschränkung unserer Rechte unter dem Vorwand des Infektionsschutzes



betrifft die Menschen jeden Alters. So sprach eine Frau darüber, dass sie Angst davor hätte, jetzt wo ihre Kinder ausziehen, ganz alleine in der Wohnung zu hocken, wo man sich laut Regierung ja den lieben langen Tag aufhalten solle, wenn man nicht zur Arbeit geht. Sätze wie „*Die wollen uns zuhause einsperren*“ und „*Ich möchte wieder selbst über mein Leben bestimmen*“ hört man so oder so ähnlich nur allzu oft, wenn man sich mit den Menschen in Bremerhaven-Lehe unterhält. Dass sie uns nur klein halten wollen mit ihren Maßnahmen und den hohen Bußgeldern bei Verstößen, sagte mir eine Frau. Doch in Bremerhaven hat sich eines deutlich gezeigt: Die Leute sind zu wütend darum, sich das noch länger einfach gefallen zu lassen und sind bereit, dagegen zu kämpfen. Ein deutliches Signal dafür war die 1. Mai Demonstration durch Lehe, bei der die Leute zahlreich erschienen, um ihren Unmut über die Ausgangssperre und gegen den Ausnahmezustand auf die Straße zu tragen. Dass es nicht reicht, nur einmal dafür auf die Straße zu gehen, war allen bewusst. Viele der Leute, die an dem Tag da waren, waren der Meinung, dass man ja noch viel mehr machen müsse. Dass noch viel mehr Leute auf der Straße sein müssten, weil es sie ja auch betrifft.



Genau diese Wut, die in den Arbeitervierteln von Bremerhaven schlummert, wurde schon vorher von einer bürgerlichen Partei versucht, zu instrumentalisieren, um mit einer Klage gegen die Ausgangssperre möglichst viele Stimmen für die anstehenden Bundestagswahlen einzuheimsen. Das Vertrauen in die Wahlen und in all die bürgerlichen Parteien ist aber am Boden. Schon bei der letzten Wahl lag die Beteiligung in manchen Arbeitervierteln unter 25 Prozent. Eine Frau

*Malung gegen die Ausgangssperre in Bremen*



sagte über die Bundestagswahlen, bezogen auf die bürgerlichen Parteien, dass das alles der gleiche Mist sei, und verwies dabei auf die vergangene US-Wahl; sagte, dass sie Trump am liebsten erschossen hätte, aber haste den einen weg, kommt der nächste und der ist auch nicht besser. Die Frage, wen man denn wählen soll, ist für die meisten schon damit beantwortet, dass man, wenn die Herrschenden im Herbst wieder zu den Wahlen rufen, einfach zuhause bleibt. Nicht, weil es kein Interesse am politischen Geschehen gäbe, sondern als Ablehnung der Wahlen der Bourgeoisie.

All diese Stimmen, die in den letzten Wochen und Monaten laut wurden, sind ein Beweis dafür dass die Leute es satt haben. Den Ausnahmezustand, die Ausgangssperre, die Regierung und all die, die in den Parlamenten sitzen. Diese Stimmen sind der Schrei nach einer neuen und besseren Gesellschaft und dieser Schrei ist so laut, dass er nicht mehr zu überhören ist. •



## ANGRIFF AUF DAS VERSAMMLUNGSRECHT



Hauptverantwortlich für das neue Versammlungsgesetz: NRW-Innenminister Herbert Reul

**A**ngriffe auf unsere Rechte sind in der BRD keine Seltenheit. In der sehr jungen Vergangenheit gab es mit verschiedenen Gesetzesänderungen immer wieder Angriffe auf unsere Rechte, wie vor ein paar Jahren mit den Polizeiaufgabengesetzen, oder auch aktuell mit der „Bundesnotbremse“. Die Befugnisse werden immer mehr an die Exekutive zentralisiert, was eine Stärkung der faschistischen Tendenz in diesem Land bedeutet. Doch mit der Corona-Pandemie haben sich die Angriffe auf unsere angeblich vom Grundgesetz abgesicherten Rechte maßgeblich verschärft. Die Unantastbarkeit der Wohnung ist schon lange Geschichte. Mit der „Bundesnotbremse“ bekamen wir bundesweite Ausgangssperren und damit verbunden die Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Doch im Schatten der ganzen Pandemiemaßnahmen und der auch so schon großen Angriffe auf unsere Rechte, will das Land NRW das Versammlungsgesetz unbemerkt überarbeiten. Unter dem Namen „Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (Versammlungsgesetz-Einführungsgesetz NRW – VersGEinfG NRW)“ sollen weitreichende Einschnitte in das Versammlungsrecht vorgenommen werden. Der erste Gesetzesentwurf wurde schon im Januar dafür vorgelegt. Die Angriffe auf das Versammlungsrecht sind enorm. Das Ziel ist es, Versammlungen nicht zu verbieten, so weit können sie noch nicht gehen, sondern sie enorm zu erschweren. Als Begründung zur Überarbeitung des Versammlungsrecht führt die Landesregierung die „öffentliche Sicherheit“, spricht die Herrschaft der Bourgeoisie an.

In der Vergangenheit sei es immer wieder zur Störung der öffentlichen Sicherheit durch Demonstrationen gekommen. Angeblich will uns der Staat gegen Nazis und andere Reaktionäre schützen, doch die Gesetze zielen auf alle Versammlungen und hauptsächlich auf welche der revolutionären Bewegung.

Mit einer Reihe von Paragraphen sollen Organisatoren und Teilnehmer von Protesten eingeschüchtert werden. Zum Beispiel sollen Anmelder in Zukunft verpflichtet werden, ihren Namen auf Mobilisierungsmaterial wie Flugblätter oder Plakate zu schreiben. Eine andere Masche ist, dass die Polizei bei einer möglichen „Gefährdungslage“ eine Liste mit den Namen und den Adressen der Ordner verlangen kann. Wie dies zur Gefahrenabwehr beitragen soll, ist schleierhaft. Auffällig ist, dass es nie konkrete Anhaltspunkte gibt, sondern immer im Ermessensspielraum der Versammlungsbehörde, sprich den Bullen liegt. Diese können also mit jedem fiktiven Grund Versammlungen einschränken. Dazu kommt noch eine Erweiterung der Befugnisse zur Videoüberwachung bei „großen“ Kundgebungen. Im Gesetzestext heißt es:

*“(2)Die zuständige Behörde darf Übersichtsaufnahmen von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und ihrem Umfeld zur Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes anfertigen, wenn dies wegen der Größe oder Unübersichtlichkeit der Versammlung im Einzelfall erforderlich ist. Die Übersichtsaufnahmen dürfen aufgezeichnet werden, soweit Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass von Versammlungen, von*



*Teilen hiervon oder ihrem Umfeld erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgehen. Die Identifizierung einer auf den Übersichtsaufnahmen oder -aufzeichnungen abgebildeten Person ist nur zulässig, soweit die Voraussetzungen nach Absatz 1 vorliegen.“*

Die Erweiterung der Videoüberwachung soll neben der Lenkung des Polizeieinsatzes auch der Überwachung der Protestteilnehmer dienen. Auch bleibt es schleierhaft, wann Kundgebungen oder Demonstrationen zu groß und unübersichtlich sind, um die Videoüberwachung zu rechtfertigen. Das bedeutet, die Polizei kann nach Belieben anfangen, die Kundgebungsteilnehmer zu filmen, da sie das mit der Lenkung des Polizeieinsatzes begründen kann. Die Maßnahmen zeigen, dass diese neuen Paragraphen nur einem Zweck dienen, und zwar um die Überwachung von Protesten zu vereinfachen und so die Massen besser kontrollieren oder einschüchtern zu können. Organisatoren sollen durch die Nennung ihres Namens in Zukunft noch einfacher an den öffentlichen Pranger gestellt werden können.

Mit der „Weiterentwicklung“ des Uniformierungsverbotes zum Militanzverbot im §18 schafft das Land NRW einen Gummiparagraphen, mit dem die Bullen jede Versammlung verbieten können, wenn sie wollen. Denn unter „gewaltbereiten Auftreten“ und von „uniformähnliche Kleidung“ kann man viel verstehen. Ein schwarzer Pullover könnte in Zukunft also ausreichen, um als Teil des „schwarzen Blockes“ zu gelten. Ein Grund, um in Zukunft Versammlungen zu verbieten? Davon ist auszugehen, denn in der Vergangenheit hat die Polizei immer wieder unter fadenscheinigen Ausreden versucht, Demonstrationen zu stoppen oder Kundgebungen zu beenden. Mit einem Paragraph, unter dem man alles Mögliche als „uniformähnlich“ bezeichnen kann, haben die Bullen es noch einfacher. Auch „provokantes“ oder „gewaltbereites“ Auftreten der Protestteilnehmer ist nicht fest definiert und bietet viel Interpretationsspielraum für die Bullen. In den Kommentaren zu dem §18 werden Beispiele genannt, jedoch gibt es keine feste Definition. Dies dient der willkürlichen Anwendung auf alle möglichen Szenarien und kann dadurch Jeden treffen, der den Bullen unliebsam ist. Ein Beispiel ist demnach, dass Demonstrationsteilnehmer, die in geordneten Reihen mit Fahnen laufen, potenzielle Gewalttäter sind und einen Grund liefern, Demonstrationen zu verbieten. In ihren Kommentar sagt die Landesregierung, so ein Auftreten würde eine „aggressionsstimulierende und einschüchternde

Wirkung“ erzeugen, welche in „hohem Maße“ zu einem „Gefahrenbild“ beiträgt. Wer gegen diesen Gummiparagraphen verstößt, kann mit bis zu 2 Jahren Haft verurteilt werden. Auch hier wird deutlich, dass es dem Land NRW nur darum geht, politische Aktivisten einzuschüchtern.

Denn der Gesetzesvorschlag beinhaltet nicht nur Maßnahmen zur Beschränkung des Versammlungsrecht, sondern auch Punkte zur Änderung des Polizeigesetzes. Neben der steigenden Massenüberwachung bei Protestveranstaltungen soll auch die Überwachung von einzelnen Personen erweitert werden. Eine langfristige Observation von Einzelpersonen soll unter anderen auch ohne deren Wissen möglich sein und kann alle drei Monate verlängert werden.

Die Beschneidung des Versammlungsrecht reiht sich in eine Reihe von Maßnahmen, wie der „Bundesnotbremse“ oder den verschiedenen „Corona-Verordnungen“ ein, die grundlegende Rechte außer Kraft setzt. Natürlich wird jede Maßnahme mit dem Schutz der Bevölkerung gerechtfertigt, in der letzten Zeit vermehrt mit dem Infektionsschutz. Gleichzeitig ist es in Ordnung, sich auf der Arbeit mit Corona zu infizieren. Das alles ist Ausdruck des sich verschärfenden Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie; diese Gesetze dienen dazu, die Leute einzuschüchtern und sich vom politischen Kampf auf der Straße fern zuhalten. Die Polizei bekommt noch mehr Möglichkeiten, mit diesem Gesetz Protest zu kriminalisieren und zu unterdrücken. Gesetze, die einmal verabschiedet wurden, bleiben bestehen und werden nur weiter verschärft, wie in diesen Beispiel das Uniformverbot. Der Staat, in unseren Fall das Land NRW, zeigt immer mehr seinen reaktionären Charakter und was er von seinen „demokratischen Rechten“ wie das Recht auf Versammlungsfreiheit hält. Nämlich nichts. Daran ändern auch Wahlen nichts, auch die „linken“ Parteien bleiben beim reaktionären Kurs ihrer Vorgänger oder setzen auch einen drauf. In Zeiten der sich zuspitzenden Klassenwidersprüche ist der Bourgeoisie zur Sicherung ihrer Herrschaft alles recht, und wir stehen erst am Anfang dieser Maßnahmen. Denn der Staat weiß, dass sich die Lage noch weiter zuspitzen wird. Doch Kämpfe wie am 1. Mai in Berlin, Frankfurt und Hamburg oder letzten Sommer in Frankfurt und Stuttgart sind nur der Anfang und lassen sich mit solchen Gesetzen nicht verbieten. Die Kämpfe der Massen nehmen zu, und in diesen Maß ist auch der Staat dazu genötigt, sich mit noch mehr Reaktion an der Macht zu halten. •



## ALLES VON DER „FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG“ GEDECKT



Staatsmann mit AK47: „Faschistenjäger“ Danger Dan

Gegen Ende des Videos zu seinem neuen Song lässt der merklich in die Jahre gekommene deutsche Studentenrapper Danger Dan seine Silhouette von einem Scheinwerfer in ein kreisförmiges Logo auf den Boden werfen. Das zeigt nicht wie sonst das Symbol seiner Band – eine Antilope – sondern ihn mit einer Kalaschnikow, die er in die Luft reckt. Für einen Politikstudenten mit Che-Guevara-Poster an der Wand mag das das donnernde Zeichen sein, dass soeben die Revolution begonnen hat, ein Arbeiter hat für dieses in einem noblen Theater aufgenommene Video nur ein müdes Lachen über. Dafür lohnt es sich trotzdem, ein genaues Auge auf das Lied *„Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt“* zu werfen, um einen Eindruck zu bekommen, wie sich im Augenblick die unterschiedlichen Kräfte im Klassenkampf entwickeln.

Im Lied singt Danger Dan, begleitet von einem Klavier, davon, wie er in seiner Musik irgendwelche Reaktionäre und Faschisten beleidigen und bedrohen kann, und dabei durch das Gesetz vollkommen geschützt ist. So, wie der Titel es sagt, von der Kunstfreiheit. Dabei ruft er zum militanten Kampf gegen diese Leute, die er alle als Faschisten zusammenfasst, auf, erklärt ebenfalls, dass das jetzt ja von der Kunstfreiheit geschützt ist, und greift symbolisch zur AK47. Seine Worte:

*„Juristisch wär die Grauzone erreicht  
Doch vor Gericht machte ich es mir wieder leicht  
Zeig mich an und ich öffne einen Sekt  
Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt“*

Gehen wir erst mal davon aus, dass er mit „die Welt von den Faschisten befreien“, wie er es singt, meint, was er sagt. So weit, so gut sein Ziel. Offensichtlich ist er dafür nicht bereit, sich etwas zu Schade kommen zu lassen, und verteidigt sich selbst mit der „Kunstfreiheit“. Diese Freiheit ist bürgerlich und im Grundgesetz festgehalten, und erst in der vergangenen Ausgabe der Roten Post haben wir über den spanischen Rapper Pablo Hasél geschrieben, der für seine Texte ins Gefängnis muss, weil ihm diese Freiheit und die Meinungsfreiheit genommen wurden. Revolutionäre sollten ihre erkämpften Rechte verteidigen, aber können sich nie auf die Freiheiten, die ihnen der Feind gibt, verlassen. Also auf eigene Faust mit einer AK rumzulaufen und „die Welt von den Faschisten zu befreien“ kann ungestraft nur einer machen, der das mit dem Staat schon abgesprochen hat. Und das ist, wovon er singt: „Alles von der Kunstfreiheit gedeckt“ bedeutet vollstes Vertrauen in die bürgerliche Demokratie, in den bürgerlichen Staat. Erst macht er einen auf Revoluzzer mit seinem Gewehr, dann verkriecht er sich wieder in der alten Ordnung hinter seiner „Kunstfreiheit“. Gleichzeitig singt er richtigerweise, dass man sich auf Staat und Polizei im Kampf gegen den Faschismus nicht



verlassen kann, da diese selbst in großen Teilen hinter den faschistischen Strukturen stecken. Aber gegen die etwas tun – das will er auch nicht. Er bleibt bei mäßigenden Aussagen wie *„Es bestätigt sich häufig, dass Sicherheitsorgane sich nicht als vertrauenswürdig erweisen.“*. Was er letztendlich besingt, ist ein Pakt, ein Abkommen mit dem bürgerlichen Staat, dass Leute auf eigene Faust losziehen und die bürgerliche Demokratie verteidigen dürfen.

Ein Trick, den er verwendet, ist, dem Publikum dein Eindruck zu geben, dass er sich für den totalen Revolutionär hält, obwohl er das selber nicht tut. In den Texten seiner Hip-Hop-Gruppe Antilopen Gang geht es immer wieder um linke Klischees, die sich nach irgendwas revolutionärem anhören, wobei diese Gruppe immer in voller Arroganz über Leute, die diese System bekämpfen, herziehen, und nur zum Ausdruck bringen, wie resigniert sie über die Welt sind. So sagt sein Kollege „Koljah“: *„Außerdem ist die Welt falsch eingerichtet, aber fast alle, die meinen, da was gegen zu haben, liegen noch viel falscher.“* Das Symbol in Danger Dans neuem Lied, welches diesen pseudo-revolutionären Eindruck vermitteln soll, ist das Gewehr. Die AK ist eine ziemlich bekannte Waffe und ein Symbol des Widerstands in vielen Ländern der dritten Welt, hat aber in der BRD überhaupt keine Rolle gespielt und daher keine Bedeutung hier. Mit dieser Waffe aus der Sowjetunion wird hier nicht, wie das Musikvideo vielleicht vermitteln möchte, in der Revolution gekämpft. Das werden wohl eher Waffen aus dem Hause Heckler & Koch sein, die der deutsche Imperialismus produziert. Nicht umsonst hat die RAF – mit all ihren Problemen – die meistbenutzte Waffe der deutschen Polizei, die MP5, in ihr Logo aufgenommen. Danger Dan benutzt also ein leeres Symbol, um den Leuten etwas vorzugaukeln, was er nicht ist.

Dass er dieses Lied so produzieren lässt, zeigt zumindest eine Sache: Die Krise, insbesondere die des Parlamentarismus, und das Bewusstsein, dass es unter diesen Zuständen nicht so weitergehen kann, kommen auch in den Segmenten der Intelligenz, der akademischen Schichten an. Wir können sehen, wie sich das Kleinbürgertum inmitten der Krise radikalisiert, da es selbst keine Perspektive hat. Deshalb fühlt sich ein Rapper wie Danger Dan dazu genötigt, auch einen Beitrag zu machen, entsprechend der allgemeinen Stimmung der Massen, welche sich besonders mit „Nieder mit der Regierung!“ beschreiben lässt. Nur ist die Forderung, die er aufstellt, nicht gegen die Regierung, sondern ein wütender Schrei danach, die bürgerliche Demokratie zu

verteidigen. Und wenn nicht gegen den Staat, sondern geschützt von der bürgerlichen Demokratie, gegen wen richtet er sich dann? Geht es nur um die „Faschisten“, die er besingt? Er macht seine Haltung in einem Interview zu seinem neuen Album recht offen klar:

*„Wir schaffen es ja auch gar nicht, genau zu umreißen, was das für eine Szene ist. Dazu bedient sie sich viel zu wirr aus allen möglichen Zutatentöpfen, um ihre Suppe zu kochen. Das sind Leute, die Yoga machen und in germanische Heilkunde vertrauen. Sie glauben, dass Juden ein Medikament gegen Krebs hätten und es den Deutschen nicht geben wollten. [...] Es handelt sich immer um Menschen, die rationale Erkenntnisse nicht brauchen, um ihre Weltsicht zu begründen.“* (taz.de, „Grüße an Herrn Schleifer“, 22. April)

Wen er meint sind die Massen, deren gerechtfertigter Protest und Kampf gegen die Politik der Herrschenden versucht wird, in reaktionäre Bahnen wie „Querdenken“ etc. zu leiten. Für ihn sind alle, die bei solchen Demonstrationen mitlaufen, Verschwörungstheoretiker und dergleichen. Seine Lösung ist, die hunderttausenden wütenden Menschen alle als Schwurbler, Esoteriker und so weiter, und am Ende alle als Faschisten zu denunzieren. Und gegen die soll „das letzte Mittel, was bleibt, Militanz“ sein. Er tut so, als ob damit Antifaschismus gemeint wäre; was er tatsächlich meint, sind Studenten, die sich „gegen Corona“ demonstrierenden Arbeitern in den Weg stellen, ist das Abfotografieren der Leute am Nakba- und al-Quds-Tag und so weiter – Dinge, mit dem man sich als eine Art alternativer Verfassungsschutz etabliert. Das macht ihn zu einem Feind der Massen. Die Texte der Antilopen Gang unterstreichen das nochmal:

*„Ich kämpfte mit der Polizei gegen Blockupy in Frankfurt.  
Verprügelte die Gutbürger von Stuttgart 21.  
Da braucht man gar nicht drüber reden,  
wenn die Massen sich erheben.“* („Anti Alles Aktion“)

Das, was er „die Welt von den Faschisten befreien“ nennt, ist sein Kampf an der Seite des bürgerlichen Staates gegen Teile des Volkes. Kein Wunder, dass das Lied jetzt in den bürgerlichen Medien hoch und runterläuft und der ach so „linksradikale“ Rapper jetzt in Fernsehshows damit auftreten darf. Am Ende hat er recht, sein Mist ist von der Kunstfreiheit gedeckt; er hat in diesem Land die Freiheit, gegen Teile des Volkes zu hetzen. Diesen Luxus der Kunstfreiheit haben tatsächliche Revolutionäre und Antifaschisten nicht. •



**WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG**

*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

## **TERMINE IM JUNI**

### **BREMEN**

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

### **FREIBURG**

Café Popular  
Linkes Zentrum jadelantel  
1. und 3. Sonntag im Monat  
ab 13 Uhr

---

### **19. JUNI:**

**TAG DER REVOLUTIONÄREN GEFANGENEN  
UND REVOLUTIONÄREN KRIEGSGEFANGENEN**

**ROTE  
POST** 